

Redaktioneller Teil

Schweizerischer Buchhändlerverein.

Wir machen darauf aufmerksam, daß das

Abend-Technikum Zürich der Lehrer-Genossenschaft Juventus

kein buchhändlerischer Betrieb ist und deshalb nicht mit Rabatt beliefert werden darf.

Ebenfalls nicht mit Rabatt beliefert werden dürfen folgende Firmen:

Buchhandlung Maria Hilf in Schwyz,
Baumgartner Gesellschaft, Abt. Buchhandlung in Zug,
Christliche Buchhandlung Frau J. Thomet in Langenthal,
Handels-Genossenschaft »Hort« in Basel.

Bern, im Juni 1931.

Namens des Schweizerischen Buchhändlervereins:

Der Präsident:
Benno Schwabe.

Der Sekretär:
Dr. R. v. Stürler.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. Gerh. Menz.

[Das Tributproblem. — Die Notverordnung. — Konjunkturberichte.]

Die Ereignisse der letzten Wochen haben wieder einmal stärker denn je deutlich gemacht, wie sehr heute das Schicksal des Einzelnen von dem gesamten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Geschehen abhängig ist. Von dem, was in Chequers angebahnt worden ist, wird letzten Endes bestimmt, welche wirtschaftlichen Möglichkeiten und Ausichten nicht nur dem deutschen Volke insgesamt, sondern auch jedem einzelnen Deutschen für seine private Unternehmung bleiben oder eröffnet werden. Das Drückendste dabei ist nicht zum wenigsten, daß alles, was in und aus Chequers sich anbahnt, für die breite Masse in völliges Dunkel gehüllt ist. Man ist also außerstande, sich darauf einzustellen und vorzubereiten. Mit dem Weltkrieg sollte zwar alle Geheimdiplomatie abgeschafft sein. Die Wirklichkeit geht aber auch hier doch ihre eigenen Wege. Der Volksmund behält recht: über ungelegte Eier darf eben nicht geadert werden. Damit hat man sich abzufinden. Freilich gehört dazu, daß man auch nicht in fatalistische Resignation versinken darf. So unentrinnbar man in das große Schicksal gebunden ist, so sehr bleibt doch wahr, daß jeder selbst seines Glückes Schmied ist und daß nur, wer immer strebend sich bemüht, erlöst werden kann. Gerade in den nächsten Monaten, in denen sich unzweifelhaft gewaltige, schwerwiegende Entscheidungen vorbereiten dürften, wird alles darauf ankommen, trotz höchster Spannung die Nerven nicht zu verlieren und mit aller Tatkraft auf dem Platz zu bleiben.

Zu Chequers noch ein paar Worte. Daß es hier um die Wiederauflösung des Tributproblems geht, ist klar. Auch die Kernschwierigkeit ist deutlich erkennbar. Die deutschen Tribute gehen zwar letzten Endes fast restlos nach U.S.A. Amerika ist aber direkt nicht Deutschlands Tributgläubiger. Das sind in der Hauptsache nur die Siegerstaaten der alten Entente. Diese sind nur bereit Deutschland entgegenzukommen, sofern und soweit sie auf gleiches Entgegenkommen Amerikas rechnen kön-

nen, dessen Schuldner sie vom Krieg her sind. Amerika glaubt das aber nicht nötig zu haben, da sich nach seiner Ansicht seine Schuldner durch Rüstungsabbau gemäß den in Versailles übernommenen Verpflichtungen selber Erleichterung verschaffen könnten. Die Abrüstung kommt jedoch nicht vorwärts, da die Gegensätze zwischen den Hauptbeteiligten fortbestehen und jeder der stärkste bleiben möchte. Hauptgegner der Abrüstung ist Frankreich. Es mit Gewalt zum Nachgeben zwingen zu wollen, kommt nicht in Frage. Selbst wirtschaftlich ist es vorläufig nicht angreifbar. Immerhin hat sich die Handelsbilanz Frankreichs aber von 1927 bis 1930 um 11.39 Milliarden Francs verschlechtert, und 40% des Defizits stammen aus dem Rückgang der französischen Ausfuhr nach Deutschland, das gleichzeitig der Hauptlieferant Frankreichs geworden ist. Außerdem ist Frankreich mit dem Ausbau der Befestigungen an seiner Ostgrenze im großen ganzen fertig. Es könnte also in diesem Augenblick in eine Herabsetzung seines Militäretats einwilligen, ohne seine Rüstung zu verschlechtern. Es könnte auch sein Interesse daran vorausgesetzt werden, durch Einlenken in der Tributfrage dem vorzubeugen zu versuchen, daß es nunmehr von der Weltwirtschaftskrise ebenfalls erfaßt wird, ganz abgesehen davon, daß natürlich auch Frankreich von einem Bankrott Deutschlands nicht unberührt bleiben könnte. Hat das Henderson, der die nächste Abrüstungskonferenz im Frühjahr 1932 zu leiten hat und dort offensichtlich unbedingt einen Erfolg erzielen möchte, den Mut gegeben, nun doch eine Aufrollung des Tributproblems zu wagen? Chequers geht ja doch, was nicht vergessen werden darf, auf englische Einladung zurück. Die größte Schwierigkeit liegt aber darin, daß England weder gegen Frankreich noch gegen Amerika optieren möchte. Es wird nichts für uns tun. Wir müssen froh sein, wenn es nichts gegen uns unternimmt. Unsrerseits ist erfreulicherweise der bei der Vorbereitung der Youngverhandlungen gemachte Fehler nicht wiederholt worden. Damals sind wir darauf hineingefallen, die uns zugeschobene Initiative zu ergreifen. Diesmal hat Brüning immer wieder betont, daß er sich den Zeitpunkt des Handelns nicht vorschreiben lassen, sondern ihn selber bestimmen werde. Er lehnt ja auch jetzt ebenso ab, die Moratoriumsbestimmungen des Youngplans in Gang zu setzen, wie etwa die Gewährung einer Anleihe zu beantragen. Beides wäre in der Tat auch nicht geeignet, Deutschland irgendwie wirklich zu helfen. Wir haben gewissermaßen in und durch Chequers nur freundschaftlich die Welt darauf aufmerksam gemacht, sie täte gut, sich darauf vorzubereiten, was geschehen solle, wenn Deutschland eines Tages nicht mehr zahlen könnte. Die Initiative muß danach von den anderen ergriffen werden. Wie, das wird wohl jetzt in den Besprechungen vorbereitet und geklärt werden, zu denen Stimson und Mellon aus U.S.A. nach Europa kommen. Man darf dabei daran erinnern, daß nicht lange vor Chequers bekanntlich der amerikanische Botschafter Sackett aus Berlin nach Washington gefahren ist. Man ist also auch dort zweifelsohne bereits orientiert. Unangenehm ist, daß Amerika selbst schwere Sorgen hat und namentlich auch sein Budget kaum noch im Gleichgewicht zu erhalten vermag. Dazu kommt, daß im Herbst 1932 die Präsidentenwahl in U.S.A. ansteht. Erfahrungsgemäß ist die amerikanische Politik in solcher Zeit vorher nie recht aktionsfähig. Es ist daher zu befürchten, daß Washington sich bis dahin nur zu einer Interimslösung bereit finden wird, es sei denn, daß eine Lösung möglich erscheint, die die Präsidentenwahl günstig